

# W i l d b a d e r T a g b l a t t

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Vertriebsmonatlich 1,75 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Adressen: Dr. 50 bei der Oberamtskanzlei Reichenberg, Reichenberg, Wildbad. — Redaktions: Enztalbad, S. 63, Wildbad. — Druckerei: Grotzschmidt, Wildbad. — Postfachnummer 26174.

Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 18, Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Bollmer.

Nummer 153

Heft 479

Freitag, den 4. Juli 1930

Heft 479

65. Jahrgang.

## Die Amnestievorlage angenommen

290 gegen 135 Stimmen

Berlin, 3. Juli. Der Reichstag hat am Mittwoch mit verfassungsändernder Mehrheit den von den Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Amnestieantrag angenommen, der auch den letzten sogenannten Fememördern und einer Anzahl linksradikaler politischer Verbrecher aus dem Jahre 1919 bis 1924 endgültig die Freiheit wiedergibt. Die Mörder Erzbergers fallen dagegen nicht unter den Amnestieschutz. Der Reichsjustizminister hat die Frage offen gelassen, ob die Vorlage einen verfassungsändernden Charakter trägt. Da die Sozialdemokraten für die Vorlage nicht zu gewinnen waren, lag die Entscheidung bei den Komru. Diese verlangten in erster Linie eine zeitliche Ausdehnung der Amnestie bis in die jüngste Zeit hinein, also eine Amnestierung von politischen Verbrechern, die mit den Unruhezahren von 1919/23 in keinerlei Verbindung stehen. Würde diese kommunistische Forderung abgelehnt, so hätte sich der Reichsjustizminister bereitgefunden, in einigen Fällen aus neuerer Zeit nachprüfen zu lassen, ob auf dem Weg der Einzelnbegnadigung eine Strafmilderung eintreten könne.

Ihren Inhalt nach stellt die jetzt beschlossene Vorlage nur eine Erweiterung der letzten großen Amnestie von 1928 dar. Damals wurde zwar in vielen Fällen weitgehend Amnestie oder Strafmilderung gewährt. Ein wirklicher allgemeiner Abschlus konnte aber deshalb nicht erreicht werden, weil die damals beschlossene Amnestie die Strafen für die Verbrecher gegen das Leben nur in ihrer Höhe herabsetzte, namentlich aber weil nicht die Möglichkeit ausgeschlossen wurde, gegebenenfalls neue Verfahren einzuleiten. Den äußeren Anstoß zur Vorlage des Amnestieantrags im Reichstag gab die inzwischen vollzogene Räumung des Rheinlands und die im Zusammenhang mit den Haager Gesetzen beschlossene Räumungsamnestie. In Wirklichkeit ist der Kampf um die Amnestierung der aus politischen Beweggründen in Oberschlesien, in Pommern, im Ruhrgebiet in den ersten Nachkriegsjahren begangenen Verbrechen beinahe so alt, wie die Kenntnis der Öffentlichkeit von diesen Vorkommnissen überhaupt. Im Lauf der Beratungen ist, wie bei früheren ähnlichen Gelegenheiten, auch jetzt wieder betont worden, daß diese Amnestie im Interesse der Reichsicherheit die letzte sein müsse. So erklärte der Abg. von Lindener (Wildau (Volksf.), es sei ihm im historischen Augenblick der Rheinlandsbefreiung angedacht, mit der Verfolgung der sogenannten Fememörder aufzuhören. Diese Leute, deren Taten keineswegs gebilligt werden sollen, haben sich bei ihrem Tun von Vaterlandsliebe leiten lassen. Diese Amnestie müsse jetzt aber die letzte sein, denn wir seien jetzt wieder zu normalen Zuständen gekommen. Nach dem neuen Strafgesetzbuchentwurf solle übrigens in bezug auf Straftaten eine mildernde Handhabung angewandt werden; deshalb müsse schon jetzt für die einzelnen abgeurteilten Fälle eine Nachprüfung vorgenommen werden, um einen Ausgleich zur Ueberleitung von dem alten Strafrecht zu den neuen Grundgesetzen zu finden.

Für das Amnestiegesetz stimmten alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten. Es wurden 290 Stimmen dafür und 135 dagegen abgegeben. Präsident Ebbé stellte fest, daß das Gesetz mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Mehrheit angenommen worden ist.

## Rücktritt der finnländischen Regierung

Helsingfors, 3. Juli. Das finnländische Ministerium Kallio beschloß seinen Rücktritt. In den bürgerlichen Parteien hofft man, daß eine Regierung auf breiterer bürgerlicher Grundlage gebildet werden wird. Hinter der Regierung Kallio stehen die 60 Agrarier (Landbund-Partei Kallios), die 29 Mitglieder der finnischen Nationalen Sammlungspartei (Rechte) und die 7 Mitglieder der Fortschrittspartei, zusammen also 96 von 200 Abgeordneten; zur Opposition gehören die 59 Sozialdemokraten und 23 Kommunisten. Zu einer Mehrheit bedarf die Regierung einiger Stimmen der 23 Abgeordneten zählenden Schwedischen Volkspartei. In der Koalitionsregierung wird voraussichtlich auch die Schwedische Volkspartei vertreten sein, und vor allem rechnet man damit, daß auch eine Persönlichkeit aus der Lappo-Bewegung in das Ministerium eintritt und es ist anzunehmen, daß die neue Regierung im Einvernehmen mit der Lappo-Bewegung handeln wird. Der große Bauernzug wird am Montag vor sich gehen. In Sonderzügen und Kraftwagen werden die Teilnehmer nach Helsingfors befördert. Die Abschiebung von Kommunisten dauert an. Es verlautet, es bestehe ein Ku-Klux-Klan nach amerikanischem Muster, eine Gruppe junger Menschen, die systematisch einflußreiche Kommunisten nach Rußland zu befördern suche. Es soll sich um eine Schar von Ableiten, Schwergewichtern, Ringkämpfern, Meisterbozern usw. handeln, die obendrein bewaffnet sei.

## Tagespiegel

Die preussische Regierung hat der Beamtenchaft in Preußen die Beteiligung an der Nationalsozialistischen und Kommunistischen Partei oder die Förderung oder Begünstigung dieser Parteien verboten, weil diese Parteien nach der Ansicht der preussischen Regierung das Ziel verfolgen, die bestehende Staatsordnung gewaltsam umzustürzen. Gegen jeden unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbeamten, der dem Verbot zuwiderhandelt, werde künftig disziplinarisch eingeschritten werden.

Die Demokraten in Sachsen haben die Beteiligung an den Verhandlungen der Rechtsparteien zur Bildung einer bürgerlichen Regierung in Sachsen abgelehnt. Der neue sächsische Landtag zählt drei demokratische Abgeordnete.

Laut „Daily Telegraph“ soll der niederländische Vorschlag der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, London beschloffen haben, eine Sitzung der Konferenz für November einzuberufen, trotz des französisch-italienischen Streites in der Frage der Seeabrüstung.

Nach einer Meldung aus Washington soll mit der französischen Regierung eine Regelung über die Anwendung des neuen amerikanischen Zolltarifs getroffen worden sein.

Der kommunistische Parteitag in Moskau hat Stalin einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

In Spanien droht ein Streik der Landarbeiter.

Der Präsident der Republik beauftragte den früheren Reichsverweser, Senator Spindler, mit der Bildung der neuen Regierung. Dieser nahm an.

Der Reichstag hatte mit 112 gegen 69 Stimmen die Vorlage der Regierung über die Preßgesetze angenommen, die Maßnahmen gegen die kommunistischen Zeitungen vorsehen. Das Kabinett reichte kein Entlassungsgesuch ein, um für das weitere Vorgehen gegen die Kommunisten eine breitere Grundlage zu schaffen.

## Neue Nachrichten

### Die Deutschnationalen gegen die Dedungsvorlagen

Berlin, 3. Juli. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat einstimmig beschlossen, die Dedungsvorlagen der Reichsregierung in ihrer jetzigen Form abzulehnen. Denselben Standpunkt nimmt die Gruppe der christlich-nationalen Bauern ein; innerhalb der Gruppe Volkskonservativen sind in dieser Frage Meinungsverschiedenheiten entstanden. Die Reichsregierung versucht, die Sozialdemokraten für die Vorlagen zu gewinnen.

### Der vergessene Stresemann

Berlin, 3. Juli. In einem Teil der Presse wurde beanstandet, daß in dem Befreiungsauftrag der Reichsregierung der frühere Außenminister Dr. Stresemann nicht erwähnt war. Das Berl. Tagebl. bemerkt dazu, es sei verabredet gewesen, daß die preussische Regierung sich dem Aufruf der Reichsregierung anschließen solle. Als aber der preussische Ministerpräsident Braun den Aufrufentwurf der Reichsregierung erhielt, habe er mit Erstaunen bemerkt, daß darin keiner der leitenden Männer, die sich für die Erfüllungspolitik eingesetzt hatten, erwähnt wurden, auch Stresemann nicht. Er habe dies dann von der Reichsregierung verlangt, das Reichskabinett habe sich aber geweigert, in dem Aufruf einzelne Namen zu nennen. Darauf habe Braun die Beteiligung der preussischen Regierung an diesem Befreiungsauftrag abgelehnt und die preussische Regierung habe einen besonderen preussischen Aufruf verfaßt.

### Der Nachwuchs der Reichswehr

Berlin, 3. Juli. Im Lauf des Jahres 1929 lagen bei den Reichswehrstellen rund 120 000 Einstellungsgesuche von schätzungsweise 85 000 Bewerbern vor. 54 v. H. der Bewerber stammten aus der Stadt, 46 v. H. vom Lande. Der Bedarf für 1929 beziffert sich aber nur auf 9732 Rekruten. Das Verhältnis von Angebot zu Bedarf betrug daher rund 9:1. Aus einer Uebersicht über die landsmannschaftliche Zusammenlegung des Heers ergibt sich im allgemeinen, daß sie sich mit der Zivild Bevölkerung deckt. Die Württemberger und Hessen stellen etwas weniger, die Necktenburger etwas mehr an Rekruten, als der entsprechende Hundertsatz der Reichsbewölkerung beträgt. Nur Volksschulen haben 84 v. H. Reichswehrangehörige besucht, nur Mittelschulen 4 v. H., höhere Lehranstalten ohne das mittlere Reifezeugnis 5 v. H., mit Einjährigengzeugnis 3 v. H., mit Reifezeugnis 1 v. H.

### „Symbolische“ Vorführung von Polizei-Strafgefangenen

Berlin, 3. Juli. Der preussische Innenminister hat in einem Erlaß angeordnet, daß „erkrannte Polizeigefangene“ nicht mehr körperlich, sondern „symbolisch“, das heißt durch

bloße Uebergabe des Sachberichts der zuständigen Gerichtsstelle vorzuführen seien, damit Kosten erspart werden.

Die Einführung der „Symbolik“ in die Ausgabenwirtschaft ist ein ganz neuer und origineller Gedanke, der für Staat und Gemeinden zweifellos unbegrenzte Möglichkeiten zu Ersparnissen bietet. Auf jeden Fall kann eine solche Verwendung des Symbols, dessen Hohlheit ja schon Wilhelm Busch für unschädlich erklärt hat, sich des restlosen Beifalls der wirklich oder angeblich kranken Polizeigeangenen, aber auch aller Steuerzahler sicher sein.

### Racheakte gegen ehemalige Sonderbündler

Mainz, 3. Juli. Wie in Kaiserslautern, wurden auch in Mainz Racheakte gegen ehemalige Sonderbündler verübt. Eine große Menschenmenge durchzog unter dem Gesang vaterländischer Lieder die Straßen. Ein Laden, dessen Besitzer ein ehemaliger Sonderbündler ist, wurde in der Bahnhofstraße zerstört. Die Fensterscheiben wurden eingeschlagen, die Auslagen auf die Straße geworfen und zerstört. Auch ein Laden in der Synagogengasse wurde vollständig ausgeplündert. Ein starkes Polizeiaufgebot trieb die Menge auseinander. Vor den Läden wurden Beamte aufgestellt, um weitere Zerstörungen zu verhindern. — Die Sonderbündler waren bekanntlich eine von den Franzosen gebildete oder jedenfalls stark unterstützte Vereinigung für die Losreißung der Rheinlande vom Reich.

### Studentenstreik an der Grazer Universität

Graz, 3. Juli. Die Disziplinarkommission des Akademischen Senats der Universität hatte gegen einen Studenten, der einen andern, einer katholischen Verbindung angehörenden Studenten verhaften hatte, mit einer ungewöhnlichen Strafe belegt. Dieses Vorgehen rief aber unter der übrigen Studentenschaft eine große Aufregung hervor. Die Studentenschaft besetzte die Tore der Universität und verhinderte jeglichen Verkehr, so daß keine Vorlesungen abgehalten werden konnten.

### Räumungsvorschlag Mussolinis schon 1923

London, 3. Juli. Der „Daily Telegraph“, dessen diplomatischer Berichterstatter enge Beziehungen zu amtlichen italienischen Kreisen hat, teilt mit, daß bereits am 3. April 1923, also vor über 7 Jahren, Mussolini der britischen Regierung den Vorschlag einer baldigen Räumung des Rheinlands gemacht hat. Das Programm Mussolinis habe folgende Forderungen enthalten: Festsetzung der Gesamtentlastungssumme auf 50 Milliarden Goldmark, einen teilweisen Zahlungsausschub von vier Jahren mit Sachleistungen, wirtschaftlichen und finanziellen Bürgschaften unpolitischer Art, die Aussetzung innerer und internationaler Anleihen durch das Deutsche Reich unter einer Art finanzieller Aufsicht. Mussolini habe bei seinem Vorschlag die Unterstützung Japans (Belgien) gehabt; dagegen habe die britische Regierung aus Furcht vor Poincaré und der französischen öffentlichen Meinung den Plan abgelehnt. Mussolini ist zu diesem Vorschlag gekommen, um einer dauernden Belagerung der Ruhr und des Rheinlandes, die schon damals in Frankreich zur Errichtung einer militärischen und industriellen Vorherrschaft Frankreichs über Europa gefordert wurde, entgegenzuwirken. Außerdem war man in Paris und London überzeugt, daß Deutschland sich zu weit höheren Leistungen bereit finden werde, als Mussolini sie damals vorschlug.

### Sieg der chinesischen Regierungstruppen

Nanking, 3. Juli. Wie amtlich gemeldet wird, haben die Regierungstruppen nach einer dreitägigen Schlacht bei Hengtschanfu in Südhunan einen entscheidenden Sieg über die Kungtschäfte und die kommunistischen „Eisenrippen“ errungen. Die Gegner sollen 15 000 Tote und Verwundete verloren haben. Die Regierungarmee 5000. Infolge dieses Siegs werden sieben Divisionen Regierungstruppen gegen die Nordarmee verwendet werden können.

## Württembergischer Landtag

Die Finanzlage Württembergs

Stuttgart, 3. Juli.

In der heutigen Sitzung des Landtags wurden zwei Initiativ-Gesetzentwürfe der Abg. Bauer (N.R.), Mengenthaler (N.S.) und Kling (C.D.) sowie der Abg. Dr. Bruckmann und Genossen (Dem.) betr. Aenderung des Landtagswahlgesetzes einem Sonderauschuß überwiesen.

Dann wurde eine Große sozialdemokratische Anfrage betr. Steuererleichterungen für Neubauwohnungen in Verbindung mit einem soz. Initiativgesetzentwurf zur Aenderung des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes beraten. Abg. Mähner (Soz.) begründete die Große Anfrage. Finanzminister Dr. Dehlinger wandte sich gegen den soz. Antrag, weil Württemberg so wieso eine niedrigere Gebäudesteuer habe als andere Länder und weil die Finanzlage des Staats eine weitere Be-

Freiung nicht gestatte. Die Abg. André (S.), Mer-  
genthaler (RS.), Winter (S.), Albert Fischer  
(Komm.), Kling (CDU.) und Bauer (BR.) stimmten  
den loz. Anträgen zu, während der Abg. Körner (BR.)  
erklärte, einmal müsse der Tag kommen, an dem auch die  
Besitzer von Neubauten an den allgemeinen Lasten teilneh-  
men. Es sei sozial gerecht und notwendig, einen Ausgleich  
zu schaffen. Abg. Scheef (Dem.) war ebenfalls nicht für  
den sozialdemokratischen Antrag und wünschte, daß der  
Städtetag und der Gemeindevorstand in dieser Frage gehört  
werde. Abg. Maier (CDU.) betonte, die Gemeinden hätten  
ein Recht darauf, Neubauten, die 5 Jahre steuerfrei waren,  
jezt zur Steuer heranzuziehen. Die zweite Beratung des  
loz. Initiativgesetzentwurfes findet morgen statt.

Nunmehr folgte die Besprechung der Großen loz. An-  
frage betr. den Zeitpunkt der Vorlegung eines Ausführungs-  
gesetzes zum Mineralwassersteuergesetz. Abg.  
Möhner (S.) meinte, die württembergischen Gemeinden  
sähen in dem Staat nicht den sorgenden Vater, sondern ein  
Krauthier, das auf Beute ausgehe. Der Ertrag der Mineral-  
wassersteuer gehöre den Gemeinden. Zu dieser Frage lagen  
zwei Initiativgesetzentwürfe der Abg. Dr. Straßbal (BR.),  
Baß (S.), Scheef (Dem.) und Rath (BR.) vor, wonach  
der Staat den Gemeinden aus den ihm vom Reich erstmals  
im Jahre 1930 neu zuleihenden Einnahmen einsechzig  
Landesanteils an der Mineralwassersteuer als feste Beiträge  
überweisen soll: a) 75 Pfennig auf den Kopf der Bevölke-  
rung, b) 1 v. H. ihres allgemeinen steuerpflichtigen Grund-  
katasters. Die Gemeinden haben diese Einnahmen in erster  
Linie zur Senkung der Realsteuern zu verwenden. Die  
Rechtswendungen an die Steuern betragen 645 000 M.

Finanzminister Dr. Dehlinger gab einen Ueberblick  
über die Finanzlage des Staats. Das ungedeckte  
Defizit beträgt 9,6 Millionen, der Ausfall an Reichssteuern  
1,5 Millionen, der Rückgang an Forsteinnahmen 4 Millio-  
nen, in den Jahren 1931 und 1932 sogar 6,5—7 Millionen.  
Für Hagelschäden müssen 3 Millionen nachgezahlt  
werden. So ergibt sich ein ungedeckter Abmangel  
von 17 Millionen, bei Verwendung von Reistmitteln  
aber mindestens 10 Millionen. In den Jahren 1931 und  
1932 wird der ungedeckte Abmangel je 15 Millionen be-  
tragen. Der Aufwand für Pensionen wird um je  
1,5—2 Millionen steigen. Der Abmangel wird sich dann  
für beide Jahre auf 20 Millionen Mark erhöhen. Zu  
sparen ist nicht viel, denn 60 v. H. der württembergischen  
Staatsausgaben in Höhe von 54,3 Millionen entfallen auf  
die Beamtengehälter. Leider muß befürchtet werden, daß  
die Sanierung der Reichsfinanzen auf dem  
Rücken der Länder und Gemeinden vorge-  
nommen werden wird. Spätestens vom 1. April 1931  
ab werden in Württemberg Steuer- und Gebühren-  
erhöhungen notwendig werden. Sämtliche Steuern sind  
nicht vorhanden. Der Ausbau der Landeswasser-  
versorgung wird 26 Millionen kosten, die Elektrifizie-  
rung der Bahn von Ludwigsburg bis Ehlingen 8,5 Millio-  
nen. Es kommt der Zeitpunkt heran, wo auch  
Württemberg Anleihen wird aufnehmen  
müssen. Jetzt sind die Staatsfinanzen noch gesund und  
gut, aber die Lage ist sehr ernst und äußerste Vorsicht ge-  
boten. Der Kompromißvorschlag der Regierungsparteien  
bezüglich der Mineralwassersteuer ist für die Regierung an-  
nehmbar. Schuld an allem Elend ist der verlorene  
Krieg mit den Reparationsleistungen.

Abg. Rath (BR.) dankte dem Finanzminister für die  
Ordnung in den Staatsfinanzen. Dann wurde die Weiter-  
beratung auf Freitag nachmittag vertagt, nachdem zuvor  
noch ein Antrag des Finanzausschusses angenommen wor-  
den war, der die Regierung ermächtigt, den Vertrag mit  
der Reichsbahngeellschaft abzuschließen.

Der Landtag hat im ersten Nachtrag zum Haushalt 1930  
als Beitrag für die Ueberführung der privaten Mädchen-  
realschule in Gmünd in eine öffentliche Schule 1500 Mark  
bewilligt. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und  
Kommunisten wurden ferner als Jubiläumsgabe des Staats  
an die Evang. Landeskirche aus Anlaß des 400jährigen  
Jubiläums des Augsburgers Glaubensbekenntnisses be-  
willigt. Vor zwei Jahren hatte der Landtag der Katho-  
lischen Kirche aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der  
Diözese Rottenburg beträchtlich eine Ehrennade von 50 000  
Mark bewilligt.

## Württemberg

Stuttgart, 3. Juli.

Zum Verkauf des Jura-Oelschieferwerks. Die Sozial-  
demokratie hat im Landtag folgende Frage gestellt:  
Der württ. Staat hat durch den Verkauf seiner Aktien an  
die Firmen Portland-Zement-Fabrik Dylterhoff u. Söhne  
G. m. b. H. in Amöneburg bei Wiesbaden-Biebrich und C.

## Die Verwandlung

Kriminalroman von Paul Franck

88. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Ein Zündholz flammte auf, flackernde Schatten huschten  
über die Wände. In der Mitte des Raums hing, vom auf-  
fallenden Strahl der Laterne getroffen und plötzlich in die  
Helligkeit gehoben, eine mit einem metallenen Schirm be-  
deckte Lampe, die einer der Polizeiagenten jetzt anzubrennen  
versuchte.

„Die Höhle scheint leer zu sein,“ murmelte der Arzt.  
„Ob Faltin uns nur richtig geführt hat?“ flüsterte der  
Bankdirektor.

Das Licht der Petroleumlampe durchhellte mit einem  
mattgelben Schimmer den Raum, in dessen Mitte ein runder  
Tisch mit den dazugehörigen vier Stühlen stand, während  
in der einen rückwärtigen Ecke eine Wendeltreppe ihr höl-  
zernes Schneckenwendel aufwärts drehte; rechts war eben-  
falls eine Tür vorhanden, und unweit davon stand eine  
breite, plumpe Kommode, auf der ein Samowar sich befand,  
über dem an der Wand ein Heiligenbild angebracht war.

„Der heutige Nachmittag erinnert mich an eines meiner  
interessantesten Erlebnisse, das allerdings schon zehn Jahre  
zurückliegt und das ich den Herren unbedingt erzählen  
muß.“ ließ Tubolin sich herren, der alle Anstalten  
traf, eine längere Erzählung zu beginnen. Garbislander  
schnitt ihm jedoch rüchlos das Wort ab. „Wir müssen  
Sie dringend bitten,“ sagte er, seine innere Erregung mit  
Töne meißelnd, „Ihre Reminiszenzen vorläufig zu unter-  
drücken.“

Schwenk, Zement- und Steinwerke in Ulm a. D., das Jura-  
Oelschieferwerk in Holzheim dem Privatkapital ausgeliefert.  
Die neuen Eigentümer haben die Aktien erworben in der  
Absicht, das Werk stillzulegen und dafür das Zementwerk  
in Münsingen auszubauen. Ist das Staatsministerium be-  
reit, 1. seinen ganzen Einfluß einzusetzen, damit den zur  
Entlassung kommenden Arbeitern und Angestellten ander-  
weitig Arbeitsgelegenheit beschafft wird, 2. die arbeitslos  
gewordenen Arbeiter und Angestellten ausreichend zu ent-  
schädigen, 3. den beteiligten Gemeinden für den Steuer-  
ausfall Ertrag zu gewähren?

Zur Frage der Eingemeindung von Zuffenhausen nach  
Stuttgart. Der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß des  
Landtags wird sich am Freitag vormittag mit der Eingabe  
der Stadt Feuerbach und der Gegeneingabe von Zuffen-  
hausen zur Frage der Eingemeindung von Zuffenhausen  
nach Stuttgart beschäftigen. Falls der Ausschuß der von  
Feuerbach beantragten Befestigung der Markungsgrenzen  
von Feuerbach und Zuffenhausen zustimmt, wird die Frage  
der Eingemeindung von Zuffenhausen nach Stuttgart erst  
bei den nächsten Landtagsitzungen im Herbst entschieden  
werden. Hält der Ausschuß diese Befestigung für über-  
flüssig, so wird die Frage bereits am Samstag im Plenum  
des Landtags verhandelt werden.

Waldenbuch, 3. Juli. Neues Bad. Am Sonntag,  
6. Juli wird am Ausgang des Reichsbahnhofs das „Sieben-  
mühlensbad“ eröffnet.

## 78. Landwirtschaftliche Landes-Ausstellung

Stuttgart, 3. Juli. In der Zeit vom 26.—30. September  
dieses Jahres veranstaltet die Württ. Landwirtschaftskam-  
mer die 78. Landw. Landesausstellung in Stuttgart auf dem  
Cannstatter Wasen. Zu dieser Schau kommen die verschie-  
denen landw. Erzeugnisse des Landes, u. a. Getreide, Obst,  
Gemüse, Eier, Milch und Wolleerzeugnisse. Die Schau  
wird für den Absatz der landwirtschaftlichen Qualitäts-  
erzeugnisse des Landes. Für Pferde, Rindvieh, Schweine,  
Schafe, Geflügel, Ziegen und Kaninchen findet ein Preis-  
bewerb statt. Außerdem werden die verschiedenen Hilfs-  
mittel zur rationellen Bewirtschaftung, Maschinen, Geräte,  
Dünge, Schädlingsbekämpfungsmittel und andere Bedarfs-  
gegenstände für Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Wol-  
lereiwerke vorgeführt werden; die Anmeldungen hierzu  
müssen bis 15. Juli bei der Württ. Landwirtschaftskammer,  
Stuttgart, erfolgen.

## Mitgliederversammlung des Landes- verbands Württ. Amtskörperschaften

Protest gegen das Wirtschaftsministerium

Stuttgart, 3. Juli. Vor einigen Tagen hielt der Landes-  
verband Württ. Amtskörperschaften in Stuttgart seine  
ordentliche Mitgliederversammlung ab. In seiner Begrü-  
ßungsansprache gedachte der Vorsitzende, Landrat Richte-  
r-Ehlingen, zunächst der Befreiung der Rheinlande von frem-  
der Besatzung und ging dann auf einige wesentliche Punkte  
des Geschäftsberichts (Berichtsordnung, Gutachten des Reichs-  
spartkommissars, Amtskörperschaften, Verzugsspenden-  
antrag, öffentliche Fürsorge, Strafwesen) ein. Von der  
Beratung wurde einstimmig folgende Entschließung ge-  
faßt: Die Mitgliederversammlung des Landesverbands  
Württ. Amtskörperschaften erhebt Protest gegen die Art des  
Vorgehens des Württ. Wirtschaftsministeriums, um ein-  
zelne Amtskörperschaften zur Erfüllung staatlicher Eisen-  
bahnwünsche gezwungen zu machen und erklärt sich mit den  
grundrätlichen Ausführungen ihres Vorsitzenden einver-  
standen. Die Versammlung ist gesonnen, die Rechte der  
Selbstverwaltung für die württ. Amtskörperschaften mit  
allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Sie verurteilt  
aufs schärfste den Versuch, die Einwohnerchaft eines Be-  
zirks zur Verwahrung gegen Beschlüsse der maßgebenden  
Selbstverwaltungsgänge durch Reden und Presseberichte zu  
veranlassen. — Im Anschluß hieran hielt Ministerialrat Dr.  
Gronert einen Vortrag über das Krankenhauswesen in  
Württemberg. Er vertrat den Standpunkt des Württ. In-  
nenministeriums, daß bei der gegenwärtigen Finanzlage  
Schuldaufnahmen für Krankenhausbauten nicht genehmigt  
werden können, wenn dadurch die Umlage erhöht werden  
müßte. Zum Ausgleich der Raumnot in einzelnen Krank-  
enhäusern des Landes soll ein zentraler Vorkurs nachweis  
gegründet werden, der die Vermittlung von Kranken aus  
überbelegten Krankenhausanstalten in solche mit leerstehen-  
den Betten bewerkstelligen soll.

## Landwirtschaftlicher Genossenschaftslag

Rede des Reichsernährungsministers Schiele

Stuttgart, 3. Juli. Der Genossenschaftliche Einzelver-  
band Raiffeisen, in dem 37 Landes- und Provinzialverbände  
mit 36 339 landwirtschaftlichen Genossenschaften und über  
4 Millionen Einzelmitgliedern zusammengeschlossen sind,  
hält seine erste Tagung seit dem Februarzusammenkunft  
vom 2. bis 5. Juli in Stuttgart ab. Heute fand die  
erste öffentliche Hauptversammlung statt.

Der Präsident des Reichsverbandes, Geheimrat Landes-  
ökonomierat Hohenegg-München eröffnete die Ver-  
sammlung.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft  
Schiele erinnerte daran, daß das Notprogramm von 1928  
den ersten Anstoß und die finanzielle Grundlage zu der  
genossenschaftlichen Einigung gegeben habe. Die deutsche  
Landwirtschaft müsse in allen Betriebszweigen mit der Kon-  
kurrenz aller Länder der Welt, mit den klimatisch bevor-  
zugten überseeischen und tropischen Ländern und mit der  
noch auf primitiver Entwicklungsstufe stehenden und billiger  
produzierenden Landwirtschaft der unentwickelten ost- und  
südosteuropäischen Staaten um den Absatz auf unserem  
heimischen Markte ringen. Bei dieser Ausweitung der  
Märkte konnte es nicht ausbleiben, daß der einzelne Land-  
wirtschaftliche Erzeuger in Deutschland die Fühlung mit dem  
Markt und die Uebersicht über die Preisbildung seiner Pro-  
dukte verlor. Hieraus erwachse die immer dringlicher wer-  
dende Aufgabe des ländlichen Genossenschaftswesens, der  
Treuhänder des Bauern auf dem Markt zu sein. Der konzentrierte Nachfrage müsse die Zusammen-  
fassung des landwirtschaftlichen Angebots gegenüberstehen,  
damit ein gesundes Gleichgewicht der Kräfte am Markt  
wiederhergestellt und durch kaufmännische Verwertung  
lohnender Absatz für die Erzeugnisse der Landwirtschaft ge-  
schaffen werde. Wir müssen — wie das Ausland — zu  
großhandelsfähigen Spezialgenossenschaft-  
gen kommen.

Der Minister betonte dann die Notwendigkeit der  
Rationalisierung des Handelswegs vom  
Erzeuger zum Verbraucher, die bei den land-  
wirtschaftlichen Genossenschaften beginnen müsse und bezeich-  
nete es als weiteres Ziel der Genossenschaftsarbeit, die ein-  
zelnen Absatzorganisationen je nach der Eigenart der Ware  
und des Marktes zu vertikalen Gebilden zusammenzufassen.  
Nur auf diesem Weg könne ein gesunder Einfluß auf die  
Preisentwicklung gewonnen werden.

Zur Frage der Neuregelung des Zollschutzes für  
die Milchwirtschaft führte er aus: Die mit Finn-  
land schwebenden Verhandlungen haben einen günstigen  
Fortgang genommen und werden vielleicht schon in  
diesem Augenblick formell zum Abschluß kommen. Ich habe  
daher die bestimmte Erwartung, daß wir hier in Bälde die  
für unsere Milchwirtschaft so notwendige Handlungsfreiheit  
gewinnen werden. Die mit Hilfe des Reichs und der zentralen  
Kreditinstitute unternommene Rationalisierung des  
Landw. Genossenschaftswesens werde hoffentlich die Vor-  
bedingungen schaffen, auch an die Lösung der Frage der  
Rationalisierung der landwirtschaftlichen  
Personalverhältnisse heranzugehen. Eine  
wesentliche Förderung erhalte er dabei von der Durch-  
führung der Osthilfe. Aber die Landwirtschaft müsse ernst  
und tatbereit sein.

Im Anschluß an die Ausführungen des Ministers Schiele  
wurde mit einem Vortrage des Präsidenten des Reichs-  
verbandes, Reichsminister a. D. Hermes-Berlin, über Auf-  
gaben und Stellung der deutschen landwirtschaftlichen Ge-  
nossenschaften im Rahmen der landwirtschaftlichen Berufs-  
vertretung in die Beratungen eingetreten. An diesen Vor-  
trag reihte sich ein Referat des Regierungsrats Gennes-  
Berlin über „Die landwirtschaftlichen Genossenschaften  
1929/30“ an. Ein Vortrag von Bankdirektor Feldmann-  
Bonn: „Welche Anforderungen stellt die Gegenwart an den  
genossenschaftlichen Nachwuchs?“ beschloß den ersten Tag.

## Für eine höhere Aufwertung der Sparkassen

Stuttgart, 3. Juli. Die Ortsgruppe Stuttgart des würt-  
tembergischen Sparerbundes hat an sämtliche württ. Spar-  
kassen ein Schreiben gerichtet, das umso mehr interessieren

**KAFFEE MAG SICH! Dieser Bohnenkaffee ist stets frisch in den hiesigen Geschäften**

**HERZ**

Wilh. Boll	Feinkost Klob
Feinkost Großmann	Linder's Delikatessengeschäft
Emilie Hammer	L. Kappellmann
	Robert Traiber

Faltin war unterdessen nahe an den Mittelstisch heran-  
getreten, während die übrigen noch immer im Türschwamm  
zusammengeballt standen.

Ein eisiger Windstoß segte in den Raum und ließ das  
Licht unruhig flackern.

Der Präsekt zog die Tür hinter sich zu.

„Wir warten noch eine Weile, um hierauf mit der Haus-  
durchsuchung zu beginnen,“ sagte er zu den beiden Agenten,  
die weiterer Befehle gewärtig waren.

„Es scheint wirklich niemand zu Haus zu sein.“  
flüsterte der Bankdirektor.

„Doch...“ erwiderte der Kommissar Ljubatschow. „Im  
Ofen brennt ein Feuer.“ Er wies auf den glutigen Schein,  
der aus dem in der Ecke neben der Tür stehenden eisernen  
Ofen fiel.

„Was mir da einfällt,“ sagte Dr. Jordan lächelnd und  
ergriff Garbislanders Arm, der unter dieser Berührung  
heftig zusammenzuckte. „Um Ihnen eine Freude zu bereiten,  
will ich Sie darauf aufmerksam machen, daß unsere An-  
wesenheit, die Tatsache, wie wir uns hier zusammengefunden  
haben, unfeugbar an die letzte Szene Ihres „Bermwoffs“  
erinnert... Da hätten wir, wenn man von den gering-  
fügigen scheinlichen Abweichungen ablieht, den dritten Akt-  
schluß kopiert. Bloß die Wendeltreppe ist von Ihnen nicht  
vorgeschrieben worden... Aber das können Sie ja im  
Interesse späterer Aufführungen nachtragen...“

Ein Geräusch, das von oben her kam, wurde hörbar, so  
daß die Wartenden die Köpfe aufwärts drehten, ohne die  
Ursache entdecken zu können. Eine Tür knarrte in den  
Angeln, und schwere Schritte ertönten. Stiefelsohlen knarnten  
auf hölzernem Untergrund.

Der Präsekt sah Garbislanders Arm und warf zugleich  
den beiden Agenten einen Blick zu, der einer Aufforderung  
gleichkam, sich bereitzuhalten.

Einer kam die Treppe herabgestiegen.

„Jesus, Maria...“ flüsterte der Bankdirektor, da die  
Agenten ihre Revolver hervorgezogen hatten.

Faltin stand, hochauferichtet mit wagrecht nach vorn ge-  
streckten Armen im Raum.

Der Lichtschein der Lampe fiel auf sein todblaues Gesicht,  
dessen Augen, unnatürlich vergrößert, weitaufgerissen waren.

Einer kam die Treppe herabgestiegen.

Langsam, zögernd, zwischen zwei Schritten je eine breite  
Pause legend.

Das Geländer verbarg ihn, und bloß seinen huschenden  
Schatten sah man.

Er selber wurde erst sichtbar, als er auf der letzten  
Treppe stand und sein Antlitz den Wartenden zukehrte  
hatte.

Einer schrie auf — es war Dr. Jordan. „Albert Reuß,“  
rief er.

„Albert Reuß!“ rief auch der Präsekt.

„Nein,“ entgegnete Garbislander, dessen Stimme von  
einem seltsamen Feuer erfüllt war, „Reichlor Krafft! Der  
Bermwoff! Was sagen Sie jetzt, Herr Doktor!“

Noch einer schrie auf: Richard Faltin, der die Arme hoch  
in die Luft warf und hierauf, aufklatschend, quer über den  
Tisch fiel.

(Fortsetzung folgt.)

darf, als im Württ. Landtag in nächster Zeit mit einer erneuten Aufrollung der Aufwertungsfrage gerechnet werden muß. In dem Schreiben heißt es: Die Regelung der Sparkassenaufwertung in Württemberg hat als untere Grenze den gesetzlichen Mindestfuß von 12 1/2 Prozent festgesetzt, eben aber dem freien Ermessen und Willen der einzelnen Sparkassen keinerlei Grenzen gezogen. Es ist anzuerkennen, daß die meisten württembergischen Sparkassen den Mindestfuß überschritten haben. Wenige jedoch sind über den Satz von 20 Prozent hinausgegangen. In Sachsen dagegen wurde ganz allgemein bestimmt, daß nach Möglichkeit ein Mindestfuß von 25 Prozent erreicht werden sollte und manche sächsischen Sparkassen werten tatsächlich bis zu 40 Prozent und noch höher auf. Zweifellos können auch die meisten württembergischen Sparkassen höher aufwerten, als dies bisher gesehen ist. Man könnte beispielsweise auch daran denken, durch jährliche Zuweisungen etwa in der Höhe der Hälfte des jährlichen Gewinns den Aufwertungsfuß allmählich auf 25 Prozent zu erhöhen. Für selbstverständlich halten wir es, daß die Verzinsung der alten Sparguthaben möglichst rasch den Zinssätzen für die neuen Spareinlagen völlig ausgeglichen werden muß und daß mindestens ab 1. Januar 1930 der Zinssatz für die alten Spareinlagen auf 5 Prozent erhöht wird. Eine der größten Härten und Ungerechtigkeiten des Aufwertungsgegesetzes ist zweifellos die Frage der Rückwirkung, die bei den meisten württ. Sparkassen nach dem sogenannten Wilhelmshavener System geregelt worden ist. Der Sparerbund hat seit Jahren immer wieder auf dieses die Gläubiger in unerhörter Weise willkürlich schädigende System hingewiesen und dessen Beseitigung gefordert. Tatsächlich ist auch in Sachsen und in Baden dieses System wenigstens vom Stichtag des 15. Juni 1922 ab aufgehoben worden, und auch eine Anzahl württ. Sparkassen hat das Wilhelmshavener System vom 15. Juni 1922 an freiwillig beseitigt. Wir halten es für notwendig, daß alle württ. Sparkassen diesem Beispiel folgen.

**Stuttgart, 3. Juli.** Von einem Löwen angefallen. Gestern Abend nach der Vorstellung des Firkus Carrasani machte der Löwenbändiger Beglar-Bessoff eine Dressurprobe. Dabei wurde er von einer einhalbjährigen Löwin, die zum erstenmal in der Manege war, angefallen und schwer verletzt. Die Löwin schlug ihm mit der Pranke in die rechte Schläfe und durchdrang ihm den Oberarm vollkommen. Ein bespringender Bändiger hatte die Geistesgegenwart, in die umgitterte Manege zu springen und den Ohnmächtigen vom Raubtier zu befreien. Der Verletzte wurde ins Karl-Diagn.-Krankenhaus übergeführt.

### Aus dem Lande

**Schwieberdingen O. A. Ludwigsburg, 3. Juli.** Schwere Zusammenstoß. An der Kreuzung der Straßen Schwieberdingen-Möglingen und Mönchingen-Markgröningen stieß gestern Abend ein von Schwieberdingen kommender Schell-Lastwagen, der mit Flaschen beladen war, mit einem von zwei Personen besetzten Motorrad aus Mönchingen zusammen. Dabei wurden die beiden Motorradfahrer ungesähr zehn Meter weit in einen Kartoffelacker geschleudert und schwer verletzt. Das Lastauto, das im letzten Augenblick noch ausweichen wollte, fuhr über den Straßengraben auf die Böschung, schlug dabei um und begrub seine beiden Insassen unter sich. Beide kamen mit leichten Verletzungen davon. Die Motorradfahrer, Mundinger und Schable, mußten in das Krankenhaus nach Ludwigsburg verbracht werden.

**Wellberg O. A. Hall, 3. Juli.** In der Scheuer abgestürzt. Der 34jährige Sohn Friedrich der Familie Schüle war beim Heuabladen behilflich und stürzte nach Beendigung der Arbeit durch das Garbenloch auf die betonierete Scheuenerde, so daß er schwere Verletzungen erlitt, an deren Folgen er nach einigen Stunden starb.

**Reutlingen, 3. Juli.** Ihren Brandwunden erliegen. Die 81 J. a. Frau aus der Mauerstraße, die vorgestern beim Hanitieren am Bügelofen in Brand geriet, ist heute nacht im Bezirkskrankenhaus ihren schweren Brandwunden erlegen.

**Lüdingen, 3. Juli.** Von der Universität. Prof. Dr. Laqueur in Gießen hat die Berufung auf die Professur für Alte Geschichte in Lüdingen als Nachfolger von Professor Vogt angenommen.

**Gönnlingen O. A. Lüdingen, 3. Juli.** Vom Schlag ereilt. Apotheker Ganzhorn, der sich während einiger Urlaubstage nach Stuttgart begeben hatte, um alte Bekannte zu besuchen, erlitt in der Nacht vom Samstag auf Sonntag im Alter von 50 Jahren einen Hirnschlag, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

**Lüdingen, 3. Juli.** In die Abortgrube gefallen. Zwei Kinder spielten an einem Abortschachdeckel hinter dem Haus des Karl Bischoff und versuchten, ihn hochzuheben, was ihnen auch gelang. Im gleichen Augenblick plumpste einer der Jungen, ein Söhnchen des Gärtners Schmid hier in die Abortgrube hinab. Es gelang, das Kind an die Oberfläche zu schaffen und zum Bewußtsein zu bringen. Außer einer Kopfwunde hat es keinen Schaden erlitten.

**Leuffred, 3. Juli.** Wieder ein Brandfall. In Uthenhofen brach Dienstag nachmittags im Wohn- und Dekonomiegebäude des Anwalts Franz Josef Bernhard Feuer aus. Infolge Wassermangels war an eine Niederkämpfung des Feuers nicht zu denken. Die ganze Heuernte von etwa 40 Morgen ist vernichtet. Ein Harren verbrannte. Als Brandursache wird Selbstentzündung des Heustocks angenommen. Da heuer die Heuernte sehr rasch eingebracht wurde, ist die Gefahr von Heustockbränden durch Gärung und Selbstentzündung mehr als sonst gegeben. Da und dort mußten schon Heustöcke umsektet werden.

**Vom bayerischen Allgäu, 3. Juli.** Beim Baden ertrunken. In der öffentlichen Badeanstalt der Gemeinde Oberbeuren getiet der 34 J. a. Ingenieur Albert Augard von Lautrach in eine durch das Hochwasser ausgehöhlte Ausbuchtung und verlor vor den Augen seiner Kameraden in den Fluten. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden. An der gleichen Stelle ist vor 14 Tagen ein landwirtschaftlicher Arbeiter ertrunken.

### Lokales.

**Wildbad, den 4. Juli 1930.**

**Landestheater.** Heute Abend zum vierten Male Arnold und Bachs neuester Schwankersfolg in drei Akten „Hulla di Bulla“. Dieses heitere Stück ist eine Zeitsatire in lebendigen Farben. Der Einzug des Afghanenkönigs Amanullah in Berlin ist als originelle Idee aufgenommen und zu einer glänzenden Schwank-Protokolle verarbeitet worden. Auch Sie

werden von Herzen mitmachen, wenn Sie Walter Fischer-Nichten als Filmstüft Papendict in „Hulla di Bulla“ sehen. Es wird ein heiterer Abend voll Stimmung und Humor sein. — Samstag Abend zum dritten Male die Operette, die sich die Welt erobert hat, „Hotel Stadt Wernberg“ von Jean Gilbert. Hauptpartien: Hedwig Hillengaß, Marga Bube, Alfred Fiermer, Bruno Kiebler und Hans Weber.

**Heiterer Abend.** Wir weisen nochmals besonders hin auf das am Freitag Abend, 4. Juli, im Kurjaal stattfindende Gastspiel des fröhlichen südd. Meisterpaars Hans und Ilse Fitz. Die „Fitz-Abende“ sind ein kleines lustiges Welttheater, dessen fröhlichem Bann sich niemand entziehen kann. Jeder wird auf seine Rechnung kommen, denn das Programm enthält eine Fülle von geübten Darbietungen: „Von Adam und Eva bis zu Josef Fischer!“, „Bon Serenissimus bis zum Schwalangschär!“ — den man von Hans Fitz gehört haben muß, um ihn wirklich zu kennen! Also auf zum Fitz-Abend!

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Der 30. Geburtstag der Zeppeline.** Am 2. Juli wären es 30 Jahre, daß das erste Zeppelinluftschiff aufstieg. Am 2. Juli 1900, abends 8 Uhr, stieg der erste Zeppelin vom Bodensee bei Manzell auf und landete wieder 8.20 Uhr. Die Fahrt war glänzend verlaufen, nach der Landung wurde das Luftschiff aber vom Wind gegen einen im See stehenden Pfahl getrieben, wodurch die äußere Hülle durchstochen und ein Gitterträger verbogen wurde. Das Luftschiff wurde bekanntlich bei einem späteren Aufstieg in einem Sturm im Allgäu zerstört, was die Meinung der zahlreichen Gegner zu befähigen schien, daß das starre Luftschiff überhaupt unbrauchbar sei. Selbst Graf Zeppelin wollte den Mut verlieren, als alle seine Bemühungen, für ein neues Luftschiff Mittel zu erhalten, so lange vergeblich waren. Er fand dazu aber doch noch Freunde, und der Sieg des starren Luftschiffs war entschieden, als Graf Zeppelin am 9. und 10. Oktober 1906 mit einem neuen Luftschiff zwei glänzend gelungene Aufstiege machte.

**Die Calmete-Opfer in Lübeck.** Bis 1. Juli sind in Lübeck 48 gefütterte Kinder gestorben, 71 sind noch schwer krank, 73 gebessert und 59 noch gesund.

**Wechselfchwinder.** Die Lederhändler F. R i c h t e i m e r, Vater und Sohn, in Karlsruhe haben eine große Anzahl kleiner Schuhmachermeister durch Wechselfreierei um etwa 100 000 Mark geschädigt und viele um Hab und Gut gebracht, während sie selbst ein flottes Leben führten. Das Schöffengericht Karlsruhe verurteilte den Richtermeister Sohn zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens.

**Schweres Unwetter in Jugenheim.** Am Mittwoch nachmittags ging über die Gegend von J u g e n h e i m bei Bingen a. Rh. ein furchtbares Unwetter nieder. Einem schweren Hagelbeschlag, der über eine Viertelstunde lang Weinberge und Felder verwüstete, folgte ein Wolkenbruch, der Straßen und Feldwege in reißende Ströme verwandelte. Frauen, die von den Feldern nach Hause eilten, wurden von den Fluten mitgerissen und konnten nur mit Mühe vom Tod des Ertrinkens errettet werden. In Jugenheim stand das Wasser teilweise zwei Meter hoch. Weithin hörte man das Gebrausch des in den Ställen mit dem Tod ringenden Viehs. Die Feuerwehr von Bingen und die freiwilligen Wehren der umliegenden Ortschaften trafen mit Saugpumpen an Ort und Stelle ein. Die Weinfässer in den Kellern sind größtenteils ausgelassen. Drei große Schuppen und eine Maschinenhalle wurden von den reißenden Fluten umgerissen. Der Schaden ist noch unübersehbar. Die Mehrzahl der geschädigten Bauern ist nicht versichert.

**Vom Bliz erschlagen.** In Gardon an der Mosel wurden ein Landwirt, sein 22jähriger Sohn und dessen Braut, die bei einem Gewitter unter einem Baum Schutz gesucht hatten, vom Bliz erschlagen. Ein 14jähriger Sohn wurde schwer verletzt.

**Bankier Sack verurteilt.** Der Bankier Sack in Berlin, der bekanntlich vor längerer Zeit schweren Bankrott machte, wurde vom Schöffengericht Berlin Mitte wegen Untreue, Betrugs und übermäßigen Aufwands zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Sache ist aber in Wirklichkeit nicht so schlimm; für 8 Monate wurde Sack „Bewährungsfrist“ bewilligt, wenn er seinen Gläubigern 100 000 Mark zurückstellt. Der Vater Sacks wurde wegen übermäßigen Aufwands zu 75 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der in den Skaref-Skandal verwickelte Berliner Stadtkämmerer Dr. Lange wurde mit voller Pension in den Ruhestand versetzt.

**18 Ohnmachtsfälle in einer Zigarettenfabrik.** Zu Ohnmachtsfällen kam es am Donnerstag in einer großen Berliner Zigarettenfabrik in Johanneshal, wo in einem größeren Räume von 250 beschäftigten Frauen plötzlich 18 ohnmächtig zusammenbrachen. Ein herbeigerufener Arzt ließ 12 von ihnen, die sich absolut nicht erholen konnten, in ein Krankenhaus bringen. Die Ohnmachtsfälle werden auf die herrschende Hitze, den Tabakstaub und die schlechte Lüftung zurückgeführt.

**Großes Schadenfeuer auf der Berliner Olympiabahn.** Durch unvorsichtiges Begeweren eines brennenden Zigarettenstummels während der Nacharbeiten auf der Olympiabahn in Köpenick geriet das Holzbauwerk in Brand, worauf auch die Zementdecke einstürzte. Etwa der vierte Teil der Bahn wurde durch den Brand zerstört.

**Waldbrand.** In dem großen Waldgebiet zwischen Schmehdorf und Wilke südwestlich von Rathenow (Brandenburg) brach am Mittwoch ein Brand aus, der etwa 100 Morgen hochstämmigen Wald vernichtete. Vor 5 Jahren war diese Gegend ebenfalls Schauplatz eines verheerenden Waldbrands gewesen.

**Tolltes Banditenstück.** Zwischen Potsdam und Rehbrücke wurde in der Nacht zum Donnerstag die Lenkerin und einzige Insassin eines von Berlin kommenden Kraftwagens kurz hinter dem Bahnhof Rehbrücke von den Insassen eines entgegenkommenden Autos mit großen Scheinwerfern geblendet und an den Straßengrand gedrückt. Als sie mit ihrem Wagen hielt, entstiegen dem anderen Kraftwagen drei Männer, von den einer mit dem Revolver die Automobilstift in Schach hielt, während die beiden anderen alles, was ihnen mitnehmerswert schien, aus dem Auto entfernten. U. a. wurde der Ueberfallenen eine Handtasche mit 3000 M. Inhalt geraubt. Die drei gingen dann daran, die Dame zu entkleiden, nahmen ihr sämtliche Kleidungsstücke ab und ließen sie nackt im Auto sitzen. Sie fuhr nach vollbrachter Tat mit voller Geschwindigkeit in Richtung Berlin davon. Der Ueberfall wurde entdeckt, als einige Zeit später ein

junges Mädchen auf dem Rad an der Stelle vorbeikam. Es ist noch nicht gelungen, irgendeine Spur von den Tätern zu finden.

**Italien ohne Wohnungszwangswirtschaft.** Am 1. Juli fiel in Italien das System der amtlich festgesetzten Wohnungsmieten. In beinahe allen italienischen Städten herrscht Wohnungsüberfluß; so stehen in Rom etwa 10 000, in Florenz 575 Wohnungen leer.

**Schweres Eisenbahnunglück in Oberitalien.** In dem 18 Kilometer von Bologna entfernten Bahnhof Sasso stieß am Donnerstag früh gegen 7 Uhr ein aus Mailand kommender Personenzug mit einem Güterzug zusammen. 15 Personen wurden getötet, 30 verletzt. Das Unglück ist auf eine falsche Weichenstellung zurückzuführen.

### Handel und Verkehr

#### Keine Preisentwertung in der Metallwarenindustrie

Nach Feststellungen des Reichsbunds der deutschen Metallwarenindustrie war der Beschäftigungsstand der Metallwarenindustrie im Juni durchweg schwächer als im Vormonat. Wegen der unsicheren wirtschaftlichen Lage vermeiden es die meisten Werke, auf Lager arbeiten zu lassen. Die Warennachfrage aus dem In- und Ausland ließ im allgemeinen nach. Weitere Arbeitszeitverkürzungen und auch Arbeiterentlassungen waren nicht zu vermeiden. Die Preise werden dadurch gedrückt, daß viele Werke jeden Auftrag berechnen, lediglich zu dem Zweck, den Betrieb notdürftig aufrechtzuerhalten. Im Inland machen sich der Mangel an Kaufkraft, im Ausland die hohen Zölle immer mehr bemerkbar. Die von verschiedenen Seiten empfohlene Preisentwertung werde für die Metallwarenindustrie kaum durchführbar sein, da deren Preisstand infolge der Abschlußwierigkeiten und des scharfen Wettbewerbs trotz hoher Löhne und übermäßiger sozialer und steuerlicher Belastung bereits eine erhebliche Senkung erfahren habe.

#### Stand der Reben

Die Verzögerung im Wachstum der Reben, die die ungünstige Witterung nach sich zog, ist durch das ganz ausgezeichnete Junimeter so heringeholt worden, daß der Beginn der Rebenblüte sich um rund 10 Tage früher einstellte als am Vorjahr; in warmen Lagen traf man am 8. Juni die ersten blühenden Trauben. Mitte Juni war die Hauptblüte überall im Gange. Im Verlauf der letzten 12 Jahre hatten nur die Jahre 1920 und 1921 eine frühere Blüte. Wird auch der Traubenanfang aus allen Weinbaugebieten als befriedigend bis gut bezeichnet, so werden erst die nächsten Wochen zeigen, ob er von Bestand ist. Im Wachstum stehen die Weinberge dank den hinreichend durchgehenden und nunmehr gut durchwärmten Boden im allgemeinen ausgezeichnet. Die von der Blattmilbe und der Kräuselkrankheit nach Beginn des Austriebs verursachten Beschädigungen haben mit der raschen Streckung der Triebe fastlich nachgelassen. Etwaige ausgeatmete Gewitter brachten an verschiedenen Orten Hagel- und Wasserfäden und schufen die Vorbedingungen zum Auftreten der Peronospora. Der Kampf gegen diese Krankheit wurde schon anfangs Juni ausgenommen; Ende Juni waren vielerorts die Weinberge schon zum drittenmal gekupfert. Der Heumurm trat verhältnismäßig zahl auf; die rasch verlaufende Rebläute schwächte sein Zerstörungswert sichtlich ab. Als Folgen des kalten Winters 1928/29 sterben jetzt noch Rebschoten, namentlich bei der Tröllingerrebe, ab. Der Stand der 1- und 2-jährigen Jungfelder befriedigt. — Im Weingebiet herrscht immer noch bemerkenswerte Flaute; Rot- und Schillerweine sind gefragter wie Weißweine; der hektoliter Landwein gilt bei den ersten zurzeit 85—110 RM., bei den letzteren 75—100 RM.

**Berliner Dollarkurs, 3. Juli.** 4,1855 G., 4,1965 B.

Di. Wk.-Wk. 58,75.

Di. Wk.-Wk. ohne Ausf. 8,50.

**Berliner Geldmarkt, 3. Juli.** Tagesgeld 4,5—6,5 v. H., Monatsgeld 4,5—5,75 v. H.

**Privatdiskont, 3,5 v. H.** kurz und lang.

Das kgl. Rumänische Konsulat in Stuttgart gibt bekannt, daß die Papiernoten von 5.— und 20.— Lei aus dem Verkehr gezogen werden und, daß dieselben nach dem 1. September 1930 ihren Wert als Zahlungsmittel verlieren. Bis zu diesem Termin aber werden solche von der „Banca Nationala a Romaniei“ in Bukarest umgetauscht, wobei es dem Einlöser freisteht, ob er den Gegenwert zum Tageskurs an eine württembergische Bank überweisen lassen will oder durch Scheck (abzüglich der Portogebühren) zu erhalten wünscht. Zur weiteren Auskunft ist das Konsulat gerne bereit.

**Die Sprozentigen Pfandbriefe.** Vielfach werden gegen die Genehmigung der neuen Sprozentigen Pfandbriefe des Württ. Kreditvereins AG. in Höhe von 4 Mill. Goldmark durch das Württ. Wirtschaftsministerium Bedenken erhoben. Es sei unverständlich, daß nach Sprozentigen Ausgaben genehmigt werden, nachdem anderwärts bereits 7 1/2prozentige Pfandbriefe ausgegeben und 7prozentige angekündigt seien.

**Beseitigung des Pesetenkurses.** Die spanische Regierung will von neuem versuchen, die Peseta endgültig und zwar stufenweise auf einen festen Kurswert zu bringen. Spanien hat Doppelwährung (Gold und Silber).

**Neue Kalkfunde im Elsass.** Amtlich wird bestätigt, daß nördlich des Kalkfelds bei Oberberghaus (in der Gegend von Mühlhausen) in 1160 Meter Tiefe zwei Schichten von Kalkstein mit 1,6 und 4 Meter Mächtigkeit erhöht worden sind. Der Gehalt des Salze schiene befriedigend zu sein.

**Ferngasversorgung Hessens.** Die Hauptversammlung der Hessischen Kommunalen Gas-Aktiengesellschaft hat den Ruhr-Saar-Gasversorgungsvertrag und dem Rheinischer Vachtvertrag mit großer Mehrheit genehmigt. Hessen wird also sein Gas von der Ruhr bzw. der Saar erhalten.

**Einschränkungen in der ostbayerischen Hüttenindustrie.** Die Rautowiger AG. (Bismarckhütte) und die Vereinigte Königs- und Laurahütte sehen sich durch die anhaltende schlechte Beschäftigung ihrer Hüttenwerke genötigt, auch in der Hüttenindustrie in nächster Zeit Entlassungen größerer Maßstabs vorzunehmen, nachdem auf den Gruben der Abbau bereits vorangegangen ist. Es handelt sich bei beiden Verwaltungen um einige tausend Arbeiter und Angestellte.

**Keine Stilllegung der niederhessischen Mühlen.** Nachdem die westdeutsche Mühlenkonvention auf drei Monate verlängert worden ist, haben sich die niederhessischen Mühlen im Gegenfall zu dem Beschluß der süddeutschen Großmühlen entschlossen, keinen Antrag auf Stilllegung zu stellen, obwohl in der westdeutschen Mühlenindustrie die Beschäftigung unbefriedigend sei.

**Stollwerk AG. übernimmt die Reichardt-Werke.** Die Schokoladenfirma Stollwerk AG. Köln hat nunmehr die Reichardtwerke in Wandsbeck bei Hamburg übernommen. Ob ein Teil der Fabrikation in Wandsbeck bleibt, steht noch nicht fest. Inwieweit Übernahme Stollwerk mit der Reichardtwerke auch die beiden andern Schokoladenmarken des Reichardt-Konzerns, nämlich G a e b l e und H a u s w a l d, deren Erzeugnisse schon seit einiger Zeit bei Reichardt hergestellt werden und für die eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft besteht.

**Die Bayerische Jugendbahn AG.,** die am 8. Juli ihren Verkehr der Defensivität übergeben wird, hatte zum 2. Juli zur ersten Probefahrt eingeladen. In einhalb Jahren Bauzeit wurde das gewaltige Werk geschaffen. In einer 19 Kilometer langen Strecke werden 2000 Meter Höhenunterschied überwunden. In 11 Minuten Fahrzeit gelangt man von Garmisch auf den höchsten Berg der deutschen Alpen, 720 Menschen können stündlich zum Schneefernhaus befördert werden.

**Konkurze:** August Niederste-Frielinghaus-Bis-pendrin, Kaufmann in Stuttgart, Braumweg Nr. 9, Inhaber eines Tabakwarengeschäfts in gros und en detail in Stuttgart, Hauptbahnhof und an der Planie. — Mathias Guter, verch. Schneider in Chingen. — Ludwig Sulzbacher, Inhaber eines Zigarrenspezialgeschäfts in Wangen.

**Vergleichsverfahren:** Othmar Nütlein, Friseurmeister in Klosterreichenbach. — Lydia Proß, Puggelshaus in Schramberg, Inhaber Hermann Proß, und dessen Ehefrau Lydia Proß dar-selbst. — Otto Illig, Inhaber eines Dampf- und Hobel-werks in Michelbach a. W. — Bernhard Kohn, Inhaber eines Schuhgeschäfts in Ulm, Wengengasse 3.

**Gmünd, 3. Juli.** Erfolgreiche Sanierung der Ge-werbebank. Die 61. ordentliche Hauptversammlung der Ge-werbebank genehmigte die Bilanz auf 31. Dezember 1929, die in Wirklichkeit das Endergebnis der Bank seit der Umstellung der Währung, also seit Ende November 1923, darstellt. Die Haupt-versammlung nahm auch die Eröffnungsbilanz auf 1. Januar 1930 und eine Rohbilanz auf 31. Mai entgegen. Die letztere zeigte, daß die Entwicklung der Bank, nachdem sie in gesunde Bahnen geleitet ist, trotz des wirtschaftlichen Tiefstands günstig fortgeschritten und das Vertrauen der Mitglieder zurückgekehrt ist. Die Frage der Entlastung des früheren Aufsichtsrats wurde bis zur völligen Klärung der Angelegenheit zurückgestellt. Die Ansprache hierüber war teilweise recht lebhaft. Verbandsdirektor Schumacher gab vorgedens seiner Freude darüber Ausdruck, daß die am 10. Januar vorgenommene Sanierung der Bank von Erfolg begleitet war.

**Stuttgarter Börse, 3. Juli.** Die Börse eröffnete auch heute wieder schwächer. Die Rückgänge waren jedoch nicht nennenswert. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft stillste.

**Industrie- und Handelsbörse Stuttgart.** An der Industrie- und Handelsbörse waren die Preise unverändert. Es notierten Baum-wollgarne engl. Troffel, Warp- und Pincops Nr. 20 2.45—2.52, Nr. 30 2.92—2.99, Nr. 36 3—3.07, Pincops Nr. 42 3.12—3.19 RM, das Kg., Baumwollgarn: Cretonnes 44.5—45.5, Ren-forces 40.5—41.5, glatte Cattune oder Croises 34—35 RM, der Meter.

**Amerika ermäßigt die Aluminiumzölle.** Während in Deutsch-land die Einführung eines Schutzzolles auf Aluminium unmitt-elbar bevorsteht und dieser voraussichtlich Mitte Juli in Kraft gesetzt wird, hat, wie aus Neuyork gemeldet wird, Amerika im neuen Zolltarif eine Ermäßigung seiner Aluminiumzölle durchgeführt.

**Die Palast-Sichtspiele UG., Stuttgart,** erzielte für 1929 einen Reingewinn von 63 595 (L. B. 82 783) M., zu dem ein Gewinn-vortrag aus 1928 in Höhe von 92 072 (20 289) M. kommt. Es wurde beschlossen, wieder 20 Prozent Dividende zur Verteilung zu bringen. Nach dem Bericht des Vorstands haben die Theater in Stuttgart, Mannheim und Reutlingen betriebend gearbeitet. Die Gesellschaft kontrolliert zur Zeit 17 Theater mit insgesamt über 13 000 Sitzplätzen. Ferner beschloß die H.-B. die Erhöhung des Aktienkapitals um 380 000 auf 700 000 M. Die Kapitalserhöhung diene für die Durchführung eines bestimmten, heute bereits fest umrissenen Plans (die Erstellung eines neuen Schauspielhauses auf dem Gelände der Kronenbau UG. in der unteren Königsstr.). Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Rechtsanwalt Dr. Hoff-mann, München.

**Waldedensfabrik Geopprich Aktiengesellschaft Mergelstetten.** In der außerordentlichen Generalversammlung vom 26. Juni 1930 wurde beschlossen, das Aktienkapital der Gesellschaft auf RM 2 750 000 zu erhöhen; gleichzeitig wurde ein Vertrag mit der Firma Gebr. Joepprich in Liquidation genehmigt, durch welchen die Aktiengesellschaft die gesamten Fabrikanlagen der Liquidations-firma in Mergelstetten, Reudolheim und Herbrechtlingen endgültig übernimmt. — Die Generalversammlung hat ferner beschlossen,

Gemeinschaftliche im Betrag von RM 1 500 000 auszugeben und diese der Firma Gebr. Joepprich in Liquidation zu überlassen behufs Durchführung des mit den Gläubigern abgeschlossenen, gerichtlich genehmigten Vergleichs. Zu dem Aufsichtsrat haben zumachen stattgefunden; dem Aufsichtsrat gehören nunmehr folgende Herren an: Dr. jur. Fritz Lechner, Rechtsanwalt, Stuttgart, Vor-sitzender; Karl Kaser, Direktor der Württembergischen Noten-bank, Stuttgart, stellv. Vorsitzender; Conrad Barck, Fabrikant, Stuttgart, in Firma Schachenmayer, Mann u. Co., Salach-Würt.; Alfred Blumer-Schuler, Präsident des Verwaltungsrats der Vereinigten Meberer Senfial und Azmoos (Schweiz); Dr. jur. Alfred Böckl, Direktor der Württembergischen Handelsbank, Salach; Bandrat Eberhardt, Heidenheim-Brenz; Albert von Me-gler in Firma B. Mebler, Seel. Sohn u. Co., Frankfurt/Main; Paul Nathan, Ulm-Donau; Emil Schuch, Direktor der Schweizerischen Volksbank, St. Gallen. Die Aktiengesellschaft legt Wert darauf, festzustellen, daß sie in keinerlei Beziehungen zu dem Inhaber der früheren Firma Gebr. Joepprich, Mergelstetten, Herrn Dr. h. c. Rudolf Joepprich, steht.

**Sanierung der Steyrwerke.** Die Steyrwerke Wien, die im vergangenen Oktober bei der Fusion der Bodentreditanstalt und Oesterreichischen Kreditanstalt an diese übergingen, weisen für 1929 eine starke Verlustbilanz auf. Die offenen Reserven werden auf Gewinn- und Verlustkonto übertragen. Es verbleibt ein Ver-lust von 13 Mill. Schilling. Es wird Abtimpelung des Aktien-kapitals von 15 auf 1.5 Mill. Schilling vorgeschlagen. Der dann noch verbleibende Verlust wird vorgetragen. Das Kapital soll um 3.5 auf 5 Mill. Schilling erhöht werden.

**Die Festsetzung der Stickstoffpreise für das Düngejahr 1930/31.** Die Meldungen über eine bereits erfolgte Senkung der Preise des Stickstoffdünges Berlin entbehren der Grundlage. Erst nach Ab-schluss der internationalen Verhandlungen in Paris, die 3. Jt. noch andauern, wird über die neuen Preise in Stickstoffdüngemittel Beschluß gefaßt werden.

**Ziegelwerke Ludwigsburg AG. vorm. Ganzmüller u. Baum-gärtner in Ludwigsburg.** Aus Anlaß der Neuauflage von 100 000 RM. Aktien veröffentlicht die Gesellschaft einen Prospekt, dem-zufolge der An-fang des Werks einschließlich des Ziegelwerks Hang-leiter u. Co. GmbH, in Fellbach, an dem die Ziegelwerke Lud-wigsburg mit 145 000 M. von 150 000 M. Stammkapital beteiligt sind und das von ihnen gepachtet ist, im Geschäftsjahr 1928/29 1 639 513 M. betrug. Man rechnet wieder mit einer angemessenen Dividende.

**Wachstumsstörungen bei Getreide**

Im Lauf des Monats Mai, aber auch noch Anfang Juni wur-den in fast allen Teilen Bayerns, ebenso wie in verschiedenen andern Gebieten des Reichs auffallende Wachstumsstörungen des Getreides beobachtet, und zwar vor allem bei Hafer, häufig an Weizen und Gerste, jedoch nicht oder sehr selten an Roggen. Charakteristische Verfärbungen des Halmsgrunds und der Blätter, die alle Abstufungen von rötlichem Gelb über Rot zu rötlichem Blau umfassen, kennzeichnen die Wachstumsstörungen als eine Störung des pflanzlichen Stoffwechsels. Es handelt sich bei diesen Erscheinungen um einen Kälteschaden (nicht Frostschaden) der Getreidepflanzen, wie er ähnlich und ebenfalls in vielen Gegenden auch im Frühjahr 1926 beobachtet wurde. Die Pflanzen „erlät-ten“ sich besonders dann, wenn auf eine Reihe warmer und sonniger Frühjahrsstage ein Kälteeinbruch folgt. Die einzelnen Getreidearten und -züchtungen sind dabei verschiedlich empfindlich, außerdem spielen Lage und Beschaffenheit des Bodens eine wich-tige Rolle. Im Gegensatz zu den durch zu sauren Boden hervor-gerufenen und auch anders in Erscheinung tretenden Säureschäden zeigen sich die Kälteschäden vielfach gerade auf kalkhaltigem, neu-tralen oder schwach alkalischen und lockeren Böden in höherem Maße. Die Ertragskraft wird vermindert, wenn Einflüsse von Trocken-heit mitwirken, hingegen verringert, wenn genügend Stickstoff zur Verfügung steht.

**Berliner Getreidepreise, 3. Juli.** Weizen märk. 28.70—29.20, Roggen 17.20—17.70, Futter- und Industrieerste 13.30—16.20, Hafer 15.30—16.20, Weizenmehl 33—41, Roggenmehl 22.75 bis 25.25, Weizenkleie 8.50—8.75, Roggenkleie 8—8.25.

**Bremen, 3. Juli.** Baumwolle Middling Universal Standard 10 15.21.

**Magdeburger Zuckerbörse, 3. Juli.** Innerhalb 10 Tagen 26.50, Juli 26.95, Sept. 27.10. Tendenz ruhig.

**Württ. Edelmetallpreise, 3. Juli.** Feinsilber: Grundpreis 48 M., b. Ag., Feingold: Verkaufspreis 2814 M., Rein-Platin: Verkaufspreis 5.60 M., Platin 96 Prozent mit 4 Prozent Palladium: Ver-kaufspreis 5.50 M., Platin 96 Prozent mit 4 Prozent Kupfer: Verkaufspreis 5.35 M. je Gramm.

**Markte**

**Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 3. Juli.** Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt, 2 Bullen, 30 Jungbullen, 33 Jungriinder, 21 Kühe, 260 Kälber, 352 Schweine, 1 Schaf und 1 Ziege, die sämtlich verkauft wurden. Verkauf des Marktes: Großvieh ruhig, Kälber schleppend, Schweine mäßig belebt.

Cühen:		8. 7.	1. 7.	Kühe:		8. 7.	1. 7.
ausgemästet	—	54—57	Kühe	—	25—30		
vollfleischig	—	49—52	gering gemästet	—	18—23		
Kühe	—	—					
Bullen:				Schweine:			
ausgemästet	61—62	52—53	keine Mast- und beste Saughälber	72—75	74—68		
vollfleischig	47—49	48—50	mittl. Mast- und gute Saughälber	62—69	66—72		
Kühe	—	—	geringe Kälber	53—60	50—64		
Jungriinder:				Schweine:			
ausgemästet	16—20	16—19	über 300 Pfd.	58—60	58—60		
vollfleischig	50—54	50—54	240—300 Pfd.	59—62	59—66		
Kühe	—	46—49	200—240 Pfd.	64	62—64		
gering gemästet	—	—	160—200 Pfd.	63—64	62—64		
			120—160 Pfd.	—	—		
			unter 120 Pfd.	—	—		
Kühe:				Ziegen			
ausgemästet	—	41—47		45—49	45—49		
vollfleischig	—	32—39					

**Viehpreise, Gengen a. Br.:** Stiere 580—920, Kühe 450—580, Kälber 440—600, Jungvieh 160—400, Färren 190—450. — **Chingen a. D.:** Kühe 400—500, Kälber 500—620, Jungvieh 160 bis 370. — **Ravensburg:** Anstellriinder 220—360—440, Anstelt-stiere 180—280, Kälber 340—600. — **Waldsee:** Döhlen 400 bis 500, Färren 250—300, Rinder 200—300. — **Reutlingen:** Döhlen 550—900, Kühe 350—550, Kälberinnen 450—660, Rinder 200 bis 380 Mark.

**Vieh- und Pferdemarkt Bietlen, 2. Juli.** Angetrieben wur-den: 1 Stier, 1 gemästeter Ochse, 87 Rinder einschl. Kälberinnen, 98 Kühe, 34 Kälber und 3 Pferde. Es kosteten: Milchkühe 300—500, Zuchtkühe 500—761, Rinder einschl. Kälberinnen 350—600, Jung-riinder 160—260, Kälber Lebendgewicht Pfd. 70—80. Tendenz des Marktes: Mittelmäßig.

**Schweinepreise, Badnang:** Milchschweine 25—38. — **Chingen a. D.:** Ferkel 27—37, Läufer 42—50, Mutterchweine 140—170. — **Waldsee:** Milchschweine 27—37. — **Buchau a. T.:** Milchschweine 32—40. — **Reutlingen:** Milchschweine 30—38, Läufer 63—70. — **Schweningen:** Milchschweine 32. — **Leutkirch:** Ferkel 38—42. — **Wangen l. A.:** Ferkel 25—25. — **Oberfontenheim:** Milchschweine 30—40 Mark.

**Das Wetter**

Die Wetterlage wird vorwiegend von nordöstlichem Hochdruck beeinflusst. Für Samstag u. Sonntag ist vorwiegend heiteres und zu Gewitterstürmen geeignetes Wetter zu erwarten.

**Bekanntmachung**

betr. Quittungskarten-Kontrolle.

Alle Arbeitgeber, die nicht mehr als 10 versicherungspflichtige Personen beschäftigen, haben die Quittungskarten der häuslichen und landwirtschaftlichen Dienstboten, Arbeiter, Gefellen, Lehrlinge, Hausgewerbetreibenden, Monatsfrauen usw. am

**Mittwoch den 9. Juli 1930 und Donnerstag den 10. Juli 1930** jeweils vorm. 8—12 und nachm. 2—5 Uhr auf dem Rathaus zur Prüfung vorzulegen und die Lohn-bücher oder Lohnlisten mitzubringen.

Zur gleichen Zeit haben auch alle unfständigen Arbeiter und Arbeiterinnen (Tagelöhner, Tagelöhnerinnen, Saison-arbeiter und Saisonarbeiterinnen, Aushilfskellner und Aus-hilfskellnerinnen, Erntearbeiter und Erntearbeiterinnen, so-wie die in Kundenhäusern arbeitenden Wäscherinnen, Nähe-rinnen, Büglerinnen und Fußfrauen) zu erscheinen, ihre Quittungskarten vorzuzeigen und Auskunft über Ort und Dauer ihrer Beschäftigung zu erteilen.

Auch die freiwillig Versicherten haben ihre Quittungs-karten vorzuzeigen.

Nach § 1466 der Reichsversicherungsordnung und den Überwachungs Vorschriften der Landesversicherungsanstalt Württemberg können Arbeitgeber und Versicherte durch Geldstrafe bis zum Betrage von 1000 Reichsmark zur Er-füllung ihrer Pflichten angehalten werden.

Jede gewünschte Auskunft wird bereitwilligst erteilt.

Der Kontrollbeamte der Landesversicherungsanstalt Württemberg: Föhl.

**Klein-Kaliber-Schützenabteilung**

des Krieger- und Militär-Bereins Wildbad. Samstag abend Versammlung im Gasthaus zum Anker, 1. Stock. Der Vorstand.

**Wer** einen großen Umsatz für sein Geschäft sucht, der wirbt erfolgreich durch ein Inserat im **Wildbader Badblatt**

Als Nachfolger von Dr. Schindler habe ich die Praxis desselben übernommen.

**Stadttierarzt Dr. Bühler**  
Haus Gantenbein, Charlottenstrasse 9  
Fernsprecher vorerst Schlachthaus 526.

**Privat-Nähschule Wildbad**

Am 1. Oktober eröffne meine Nähschule wieder und gebe hiermit bekannt, daß auch Nachmittags- und Abendkurse, drei Mal wöchentlich, bei billiger Berechnung eingeführt werden. Unter-richt wird erteilt im Weihnähen, Kleidermachen, Handarbeiten und Stoffmalerei.

Anmeldungen werden jederzeit entgegengenommen. Frau Wörzthoffer, Haus Schönblick.

**Arbeiter-Sportverein Wildbad.**  
Am Sonntag den 6. Juli 1930 abends 8 Uhr, findet in der städtischen Turn- und Festhalle ein **Familien-Abend mit Tanz** statt, wozu wir unsere Mitglieder, Freunde und Gönner sowie die titl. Hotelangestellten freundlichst einladen.  
Der Ausschuß.

**Zum Einmachen**  
empfehlen:  
**Kristallzucker**  
**Griechzucker**  
**Sutzucker**  
in kl. Broten von ca. 13 Pfd.  
Großabnehmer Sonderpreise  
**Kräutereffig**  
**Weinessig**  
offen und in Flaschen  
Sämtl. Einmachgewürze  
Einmachhilfe  
Pergamentpapier  
„Dpekta“  
das neue Gellermittel  
**Unseßbranntwein**  
ferner empfehlen:  
**Ohjenmaulsalat**  
Dose 48 Pf.  
**Camembert**  
hochprima Qualität  
Schädel  
6 Port. 75 Pf.  
Neue  
**Kartoffeln**  
3 Pfd. 25 Pf.  
**Schlangengurken**  
Stück 22 Pf.  
**5% Rabatt**  
**Pfannkuch**  
Eberhard-Drogerie.